

Schnelljustiz gegen streifende Seeleute

Das Kieler Sondergericht verurteilt Tag und Nacht — Verstärkt den Massenprotest!

Kiel, 24. Oktober 1931.

Das Sondergericht gegen streifende Seeleute, das im Poisenhaus von Kiel-Holtenau tagt, hat die ersten Schreckensurteile gefällt. 5 Seizer des Hamburger Dampfers „Mita“ wurden zu der ungeheuerlichen Strafe von je zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Polizeifotografen liegen auf der Lauer, um weitere streifende Seeleute von den einlaufenden Schiffen herunter zu verhaften.

Die Rote Hilfe hat sofort einen Verteidiger nach Kiel geschickt und sie fordert alle Arbeiter auf, den Massenprotest gegen die Verfolgung der streifenden Seeleute zu steigern.

Durch Schreckensurteile sollen die Arbeiter von der Gegenwehr gegen den Lohnabbau zurückgehalten werden. Nachdem mit Hilfe der SPD-Führer die Streikfreiheit und der letzte Rest der politischen Freiheit der Arbeiter aufgehoben wurde, soll jetzt die Vernichtung der Streikfront durch Schreckensurteile unterdrückt werden.

Es wird aber keinen politisch ehrlich denkenden SPD-Arbeiter geben, der nicht in größter Empörung die Verfolgung der streifenden Seeleute zur Kenntnis nehmen würde. Gegen diese Verfolgungen muß die breiteste Einheitsfront zustande kommen. Millionen müssen sich vereinen in der Forderung auf sofortige Freilassung der verhafteten Seeleute.



Seeleute werden unter Polizeibewachung an Land gebracht

Groener plant Demonstrationsverbot!

Arbeiterversammlungen und Demonstrationen sollen bis April 1932 verboten werden

Wie die bürgerliche Presse (Tempo, Berliner Tageblatt) berichtet, soll der Reichswehr- und Innenminister Groener die Absicht haben, durch Notverordnung alle Demonstrationen und Versammlungen im ganzen Reich bis zum 1. April 1932 zu verbieten. Nur in Ausnahmefällen, also für sozialdemokratische und Parteiveranstaltungen soll eine Erlaubnis möglich sein. Mit diesem Verbot will man das Uniformverbot verbinden.

Geberingpolitik am Branger

In der gestrigen Plenarsitzung des preussischen Landtages kam es zu einer bezeichnenden Auseinandersetzung des Landwirtschaftsministers Dr. Steiger mit den Deutschnationalen. Diese sprachen ihm ihr Mißtrauen aus, weil er angeblich die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht hoch genug habe treiben lassen. Die Redner der SPD-Fraktion mußten jedoch eine ungläubliche Bevorzugung insbesondere der Großagrarier bei den Diktionsmaßnahmen feststellen. Sie entwarfen bereits damit den Minister ihrer eigenen Regierung. Dr. Steiger verteidigte

sich gegen die Deutschnationalen mit dem Geständnis, daß die Preußenregierung alles getan habe, um die Wünsche der Agrarier (nicht die der Kleinbauern!) zu erfüllen und daß ihre Vertreter im Reichsrat einer Ermächtigung der Reichsregierung zur Durchführung selbständiger Maßnahmen zustimmten. Diese Geständnisse wurden von dem Vertreter der Kommunisten, Landwirt Rau, festgenagelt. Er wies überzeugend nach, daß die Arbeitobauern durch den großagrarischen Preiswucher selbst ebenso schwer getroffen werden, wie die häßliche Arbeiterklasse, und daß die Steuer- und Finanzpolitik der herrschenden Klasse die Kleinbauern zugunsten der Großagrarier ebenso ausbeute wie die Arbeiterschaft zugunsten des Industriekapitals. Die antimarktschistische Politik der SPD- und Nazi-Führer liefere Landarbeiter und Kleinbauern ebenso den Ausbeutern aus, wie die Industriearbeiter. Der Nazifreund und deutschnationale Abgeordnete Kläwe habe sich durch die von der SPD gestützten Minister 100 000 Mark als „notleidender Großagrarier“ einstecken können, die Kosten sollen Arbeiter und Kleinbauern tragen. Unter Führung der KPD wird das Bündnis des arbeitenden Stabs- und Landvolkes den Ausbeutern und Preistreibern das Handwerk legen. Die Abstimmung über das Mißtrauensvotum gegen den Minister findet am 4. November statt.

„Schnelles Tempo beim Lohnabbau“

Zweck des Wirtschaftsbeirates / Schnelles Tempo bei Organisierung der Gegenwehr!

Zur Bildung des Wirtschaftsbeirates, in dem sozialdemokratische Gewerkschaftsführer mit Faschisten zusammensitzen, teilt die „Kölnische Zeitung“ vom 22. Oktober zunächst mit, daß den Mitgliedern strengste Verschwiegenheit über die Verhandlungen zur Pflicht gemacht wurde. Wörtlich schreibt dann das Blatt weiter:

„Die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates werden ihren Höhepunkt in den Tagen erreichen, an denen über zahlreiche Tarifverträge und damit über die Arbeitsbedingungen mehrerer Millionen deutscher Arbeiter und Angestellten die Entscheidung fällt. Herrscht im Wirtschaftsbeirat auf allen Seiten enger Verbündigungs-wille, so werden die erzielten Ergebnisse sofort in praktische Tarifverträge eingetragt werden können. Fehlt es aber an dieser ersten Verständigungsbereitschaft, so werden sich aus den Beratungen des Beirats Schwierigkeiten für die Tarifverhandlungen und umgekehrt aus den Gegenfragen und in den Tarifverhandlungen Hindernisse für eine Einigung im Beirat ergeben. Nicht minder wichtig als eine sachliche Verhandlungs- und Beschlußfähigkeit des Beirats ist ein schnelles Arbeitstempo. Die wirtschaftliche Lage gestattet kein wochenlanges Aushandeln von Kompromissen; sollten sich die Verhandlungen länger als 1 bis 1½ Wochen, also bis über die erste Novemberwoche hinausziehen, so gerät das Kabinett Brüning in Zeitdrängnis und muß entweder ohne ein Gutachten des Beirats handeln oder aber bemüht Gesetze laufen, daß die schließlich doch zustande kommenden Beschlüsse eine gefährliche Entwicklung nicht mehr aufhalten können.“

Die hinter der „Kölnischen Zeitung“ stehenden Großkapitalisten fordern rasche Arbeit beim Lohnabbau. Sie haben allen Grund, auf die tätige Mitarbeit der sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsführer zu rechnen, sie haben auch bisher beim Lohnabbau mit allen Kräften mitgearbeitet. Zwar versucht die SPD-Presse, die Arbeiter erneut zu täuschen, indem sie in Worten gegen das Lohnabbauprogramm des Wirtschaftsbeirates schreibt. So schreibt der „Bermärker“ vom 23. Oktober:

„Denn es ist ohne weiteres deutlich, daß die Unternehmer verhindern wollen, daß im Wirtschaftsbeirat über die Wrechung der Kartellmacht und Senkung der Preise geredet wird. Er soll nach unserer Meinung nur als Instrument zur Ausübung des Tarifrechts und des weiteren Lohnabbaus dienen.“

„Neue Lohnabbautwelle“

Das „Berliner Tageblatt“ vom 22. Oktober schreibt: „Nach dem, was bis jetzt bekannt wurde, soll der Beirat eine große Lohn- und Preisensenkungs-Aktion vorbereiten. . . Um die Höhe zu senken will man, wie der Kammer sagte, zwar nicht die Grundzüge des geltenden Tarifrechtes aufheben, aber ihre Anwendung so elastisch machen, daß das Lohnsystem in weitem Umfang sachlich und brüchig aufgelockert und damit eines neuen Lohnabbauwelle das Tor geöffnet wird.“

Während die rechte „Dresdener Volkszeitung“ den Wirtschaftsbeirat grundsätzlich begrüßt und nur nachträglich etwas kritisch darüber mediert, daß zu wenig Gewerkschaftsdeputierten in dieser faschistischen Ständekammer vertreten sind, muß das Zwickauer „Sächsische Volksblatt“ unter dem Druck der

über die neue Arbeitsgemeinschaftspolitik empörten SPD-Arbeiter folgendes feststellen:

„Herr Vögler, Drahtzieher der Harzburger Inflationenfront, Herr Barlik, der Führer des Schwarzmaierlagers im Reichsverband der deutschen Industrie, Herr Cuno, Reichsminister des Ruhrkrieges von 1923, der Hochinflation, und Manager der „Verfassungspolitik“ gegen das Rheinland, und endlich Herr Witzke, Sprachrohr der kapitalistischen Industriereaktionäre Sachsens: Es ist ein eigenartiges Gespann, das sich in diesem Wirtschaftsbeirat zusammengelassen hat! Die Genossen Eggert, Suhr und Grahnmann, die gemeinsam mit dem Vertreter der christlichen Gewerkschaften Otto als Repräsentanten der deutschen Arbeiterschaft (?) dem Wirtschaftsbeirat angehören, werden kein leichtes Spiel haben, von vornherein jeden Versuch abzuwehren, dieses wirtschaftliche Vertikalegium vor neuen Brutalmaßnahmen aus dem Körper des Volkes zugunsten eines himmlischen Kapitalismus zurückzuhalten.“

Alarmierende Zahlen!

Wir klagen an / Wieviel proletarische politische Gefangene? Wieviel Opfer der Not!

In demselben Maße, wie der Hunger und die Not des werktätigen Volkes zunehmen, wie die Elendsarmee der Erwerbslosen wächst, wie die Krise der kapitalistischen Wirtschaft sich vertieft, in demselben Maße füllen sich die Zellen der Zuchthäuser, Gefängnisse und Festungen mit Arbeitern, mit Opfern der Not und des Elends.

Nach der Statistik der Roten Hilfe wurden in den sieben Jahren des Weimarer Republikshaufes rund 15 000 politische Prozesse gegen Klassenbewußte Arbeiter geführt. Mehr als rund 7000 Arbeiter wurden zu rund 3000 Jahren Kerker verurteilt.

Seit 1930 wurden 30 000 Arbeiter wegen politischer Delikte unter Anklage gestellt! 6000 proletarische politische Gefangene befinden sich gegenwärtig in den Gefängnissen und Zuchthäusern! Von 591 Hochverratsprozessen der Jahre 1923 bis Mai 1931 wurden 576 gegen revolutionäre Arbeiter und nur fünf gegen rechts geführt.

Seit 1930 wurden 161 Arbeiter von Faschisten oder von der Polizei getötet, 17 200 leicht oder schwer verletzt! Allein seit Januar 1931 bis jetzt wurden 88 Arbeiter getötet!

Die Not zwingt sechs- Hunderttausende, die noch nicht den Weg des Klassenkampfes gefunden haben, zu Handlungen, für die das bürgerliche Gesetz nicht als Gefängnisse und Zuchthäuser kennt. Nach einer Statistik des preussischen Justizministeriums wurden allein im Jahre 1930 rund 3 Millionen Prozesse geführt.

Stehenhunderttausend Menschen stehen alljährlich vor den Strafgerichten!

493 454 Personen wurden 1930 wegen eines Vergehens gegen die Strafgesetze verurteilt, 771 wegen Vergehens gegen das Militärstrafgesetzbuch, 108 258 wegen Vergehens gegen andere

Sachsens Hungerarmee wächst!

Der neue Bericht über die Arbeitsmarktlage in Sachsen stellt das weitere Wachsen der Erwerbslosigkeit fest. Die Zahl liegt bei 551 902 auf 568 447, also um 3 Prozent. In der Zeit vom 30. 9. bis 15. 10. Bezeichnend für den Unterläuferstand ist die weiterhin angeführte Tatsache, daß die Zahl der Hungerunterstützungsempfänger in weiterem Abstieg begriffen ist. Sie fiel von 138 903 auf 116 468, also um 14,9 Prozent, während die Krisenunterstützungen um fast die gleiche Zahl anwachsen. Aus den Kreisen der Angehörigen in einem halben Monat über 2700 Zugänge zu verzeichnen sind. Ein festes Kampfbündnis zwischen den Angehörigen und den Arbeitern ist gerade angebahnt. Dieser Entwicklung ein Gebot der Stunde! Rud eines Arbeitslosen verhungert.

Das Kind eines Arbeitslosen verhungert

Die ganze Familie geht in den Tod

Die Kölsche Zeitung bringt am 23. Oktober folgende Mitteilung:

„Im Osten Berlins, in der Kabiner Straße 8, hat sich eine grauenhafte Tragödie der Not und des Elends ereignet. Ein 25jähriger arbeitsloser Bauarbeiter, dessen sieben Monate altes Kind offenbar verhungert ist, hat seine Frau und seinen vierjährigen Sohn mit dem Hammer erschlagen und sich selbst erhängt. Man fand heute morgen vier Leichen in der Wohnung.“

So weit ist es im kapitalistischen Deutschland gekommen, daß Kinder von Arbeitslosen hilflos verhungern können. Die SPD-Führer haben Demonstrationsverbote herbeigeführt, um den Schrei der Arbeitslosen nach Brot zu erstickern. Die SPD-Führer wünschen, daß die Arbeitslosen in ihren Elendshöhlen lauter aus dem Leben gehen. Aber das ist nicht der richtige Weg. Arbeitslose und Betriebs tätige müssen gemeinsam um Brot und Arbeit kämpfen. Der entscheidende Fall in Berlin mahnt zur Feststellung der breitesten Einheitsfront, zum Kampf gegen das kapitalistische System.

Bombe gegen die Sowjetunion

Moratorium als Preis für Bruch mit der UdSSR

Die Reise des französischen Ministerpräsidenten nach Amiens hat zu einer rechtlosen Enthüllung der neuen Antisowjetik geführt. Das „Berliner Tageblatt“ läßt sich von seinem Pariser Korrespondenten mitteilen, daß zwischen den führenden Männern des amerikanischen Finanzkapitals und den französischen Regierungsoberleitern eine Besprechung über den weiteren Zahlungsausschuß für Deutschland stattgefunden hat, wobei auszuwählen der Zahlungsausschuß von dem Bruch der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehung abhängig gemacht wurde. Kommt es zu dem Bruch, so wird erklärt, daß man die Durchführung des Jahresplans im Jahre 1932 durch eine internationale Kreditperre, insbesondere aber über Deutschland, gewaltsam verhindern müsse. Die antisowjetische Offensive der „Germania“ ist damit rechtlos erhüllt als ein bewußtes Stützungsmandat im Dienste des amerikanischen Finanzkapitals. Die deutsche Arbeiterklasse weiß jetzt, was hinter dieser Hege steckt, sie wird ihre Konsequenzen ziehen müssen.

Mussolinis rechte Hand freut sich auf Brüning

Vor dem Besuch des faschistischen Außenministers

Der Außenminister Mussolini hat kurz vor der Abreise nach Berlin den Journalisten in Rom gegenüber seiner Freude auf den Besuch in Berlin Ausdruck gegeben. Der Faschist, der ausdrücklich erklärt, daß er „als Vertreter des Duce“ diese Fahrt antritt, betont, daß „dadurch die Reise das amtliche Gepräge erhält. Was ihn besonders freut, ist die Möglichkeit, sich mit dem hervorragenden deutschen Staatsmann und Kammerbrüder zu unterhalten“. Die rechte Hand Mussolinis freut sich also besonders auf den Händedruck des von der SPD gehaltenen Führers der deutschen Diktaturregierung. Und das deutsche Hilfsergänzung, der Faschische Beobachter, erwartet bereits schon, wenn die Ankunft des faschistischen Ministers. Diese Vorboten des italienischen Besuches bieten der deutschen Arbeiterklasse ein besonders drastisches Beispiel für die faschistische Rolle der offiziellen SPD-Politik. Grand hat Grund, sich über Brüning zu freuen. Die deutsche Arbeiterklasse spürt es am eigenen Leib!

Die Bekämpfung der Hungerarmee in Kuerbach